

Zeig Flagge gegen die Rechtsentwicklung



Internationalistisches
Bündnis

www.inter-buendnis.de

Resolution des Bündnikongress Thüringen des Internationalistischen Bündnisses



Das Koalitionsrecht, das Recht zur freien Bildung von Organisationen, zu öffentlicher Versammlung und das Recht zur freien politischen Meinungsäußerung wurden in harten Kämpfen errungen. Das InterBündnis steht für alle diese Rechte auf antifaschistischer Grundlage ein.

Deshalb protestieren wir entschieden gegen sich mehrende Versuche, in den stetig wachsenden Protest- und Massenbewegungen gegen die Rechtsentwicklung der Regierung, einen wesentlichen Ausdruck all dieser Rechte - das Recht, Flaggen zu zeigen - einzuschränken. Das kommt überhaupt nicht in Frage und wir gehen dagegen in die Offensive und zeigen Flagge.

In den vergangenen Monaten wurden diese „Flaggenverbote“ vor allem gegenüber dem Internationalistischen Bündnis und der MLPD ausgesprochen. Damit wird klar: Hiermit sollen revolutionär und konsequent ausgerichtete Gruppen aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt werden. Jede Flagge steht für eine Gruppe Menschen, die sich zusammen getan und organisiert haben. Es kann nur im Interesse der Regierung sein, wenn wir die Desorganisation zu unserem Prinzip erheben. Das gilt umso mehr, während der Staatsapparat seine unterdrückerischen Methoden und Apparat ausbaut. Nur wenn wir besser organisiert sind, können wir unsere Ziele erreichen!

„Aufrichtig zu sein kann ich versprechen, unparteiisch zu sein aber nicht!“ (Goethe)

Nicht unparteiischer, sondern überparteilicher Protest macht unsere Stärke aus. Wir sind gegen Geheimhaltungspolitik und Undercover-Aktivisten, die häufig in Regierungsparteien sind und Bündnisse instrumentalisieren wollen, um sie handzahn zu machen. Die Menschen haben ein Recht, zu wissen, wer sich mit ihnen einsetzt, wer die Proteste trägt und Kundgebungen organisiert! Dann weiß jeder, mit wem er es zu tun hat.

Dies alles gilt gleichermaßen für die Flaggen der palästinensischen oder kurdischen Befreiungsbewegung, die zunehmend durch die Staatsgewalt kriminalisiert wurden und werden. Wir haben uns immer solidarisch mit ihnen erklärt, also stehen wir für das Recht, die Farben der Freiheitskämpfer zu zeigen. Wie absurd wäre es, uns in Protesten gegen diese Kriminalisierung ausgerechnet selbst einzuschränken oder beteiligte Kräften das Tragen ihrer Flaggen zu untersagen.

Wir rufen die Trägerorganisationen des InterBündnisses auf, sich aktiv für die Verteidigung und Durchsetzung dieser Rechte einzusetzen. Bei Demonstrationen und Kundgebungen machen wir von diesen Rechten Gebrauch, führen unsere Flaggen mit und laden - außer rechte und faschistische - jede Organisation dazu ein. Angriffe gegen diese demokratischen Rechte weisen wir ab, sowohl auf Veranstaltungen, als auch in Plenen und Vorbereitungsgruppen für solche Veranstaltungen. Wir legen unsere Argumente dar und klären die Menschen über die Hintergründe solcher Bestrebungen auf.

Einstimmig beschlossen durch die 160 Teilnehmer des Kongresses am 11.11.2018 in Erfurt.